

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XV
Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur	XXIII
§ 1. Einführung	1
I. Die Bedeutung des Fachs in Ausbildung und Prüfung	1
II. Begriffsbestimmung und -abgrenzung	1

1. Teil. Staat und Wirtschaft

§ 2. Verfassungsrechtliche Grundlagen	7
Fall 1: Investitionshilfe für die Energiewirtschaft	7
I. Gesetzgebungskompetenz	7
II. Materielle Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes: Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft	9
1. Staatsform und Wirtschaftsform in ihrer geschichtlichen Entsprechung	10
2. Die Ordnung der Wirtschaft in der Weimarer Reichsverfassung	15
3. Der Streit um die „Wirtschaftsverfassung des Grundgesetzes“	20
4. Der Einfluss der EG-Wirtschaftsverfassung	24
§ 3. Die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand	27
Fall 2: Unerwünschte Konkurrenz	27
I. Systematische Einordnung	27
II. Schranken der kommunalen Wirtschaftstätigkeit	32
1. Gemeindegewirtschaftsrecht	32
2. Grundrechte	36
3. Das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb	37

2. Teil. Der Schutz wirtschaftlicher Tätigkeit durch Grundrechte und Grundfreiheiten

§ 4. Freie berufliche Betätigung in der Wirtschaft	41
Fall 3: Werbeverbote für Apotheker	41
I. Art. 12 I GG als Maßstab der verfassungsrechtlichen Prüfung	42
II. Der Berufsbegriff	44

III. Der Regelungsvorbehalt des Art. 12 I 2 GG	47
1. Berufswahl und Berufsausübung	47
2. Die Dreistufentheorie des BVerfG	48
IV. Berufsfreiheit und Unternehmensfreiheit	55
§ 5. Eigentumsgarantie, Sozialbindung und Sozialisierung	58
Fall 4: Keine Genehmigung für den Weinanbau	58
I. Art. 14 GG als Maßstab der verfassungsrechtlichen Prüfung	58
II. Der verfassungsrechtliche Eigentumsbegriff	60
III. Die Eigentumsbindung	63
IV. Die Sozialisierung von Privateigentum	68
Fall 5: Verstaatlichung der Banken	68
1. Allgemeine Bedeutung	68
2. Inhalt der Sozialisierung	69
3. Gegenstände der Sozialisierung	71
§ 6. Koalitionsfreiheit	73
I. Der Inhalt der Koalitionsfreiheit	73
Fall 6: Gewerkschaftsblem am Schutzhelm	73
1. Bedeutung des Art. 9 III GG	73
2. Inhalt der Koalitionsfreiheit	74
3. Schranken der Koalitionsfreiheit	75
II. Der Begriff der Koalition	77
Fall 7: Die deutsche Fotoindustrie vereinigt sich	77
1. Freiwilliger Zusammenschluss	78
2. Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirt- schaftsbedingungen	79
3. Gegnerfreiheit oder Koalitionsreinheit	79
4. Tariffähigkeit und Kampfbereitschaft	80
III. Arbeitskampf und Koalitionsfreiheit	81
Fall 8: Streik und Aussperrung in der Druckindustrie	81
1. Unmittelbare Drittwirkung des Art. 9 III 2 GG	82
2. Verfassungsmäßigkeit von Streik und Aussperrung ..	82
3. Die sog. selektive Aussperrung	85
§ 7. Die Grundfreiheiten des EG-Vertrages	86
Fall 9: Strenge Vorschriften für Bewachungs- und Sicherheitsunternehmen in Belgien	86
I. Grundlagen	86
1. Die Aufsichtsfunktion der Kommission	86
2. Bedeutung und Struktur der Grundfreiheiten	87
II. Der freie Warenverkehr	90
III. Der freie Personenverkehr	92
1. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer	92
2. Die Niederlassungsfreiheit	94

Inhaltsverzeichnis

IX

IV. Die Dienstleistungsfreiheit	95
V. Die Freiheit des Kapitalverkehrs	98

3. Teil. Rechtliche Grundordnung der Wirtschafts- und Währungspolitik

§ 8. Globalsteuerung der Wirtschaft und Stabilität	101
Fall 10: Die erzwungene Bildung von Konjunkturausgleichsrücklagen	101
I. Getrennte Haushaltswirtschaften und Globalsteuerung	102
1. Der Grundsatz der Haushaltstrennung	102
2. Das konjunkturpolitische Konzept der Globalsteuerung	102
3. Bindung an die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts	105
II. Das stabilitätspolitische Instrumentarium und die Voraussetzungen seiner Anwendung	107
1. Verfassungsgerichtliche Überprüfung einer Rücklagen-Verordnung	107
2. Konjunktursteuerung mit den Mitteln des StabG	109
3. Das sog. magische Viereck des § 1 S. 2 StabG	111
III. Der Einfluss des Gemeinschaftsrechts	115
§ 9. Das Europäische System der Zentralbanken	121
Fall 11: Die unerwünschte Erhöhung der Mindestreservesätze	121
I. Die gemeinschaftsrechtlichen Regelungen im Überblick	121
1. Die Entstehung der Europäischen Währungsunion	121
2. Rechtlicher und institutioneller Rahmen	123
3. Währungspolitische Aufgaben und Befugnisse	125
4. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der EZB	127
II. Die Deutsche Bundesbank als Bestandteil des Europäischen Systems der Zentralbanken	130
1. Rechtsstellung und Organisation	130
2. Verbliebene Aufgaben und Befugnisse	132
3. Verhältnis zur Bundesregierung	133

4. Teil. Allgemeines Gewerberecht

§ 10. Die Gewerbefreiheit	135
Fall 12: Ein Marokkaner in Deutschland	135
I. Rechtsnatur der Gewerbebeschränkung	135
II. Gewerbebeschränkung und Gewerbefreiheit	136
1. Historische Entwicklung der Gewerbefreiheit	137

2. Begriff und Bedeutung der Gewerbefreiheit im geltenden Recht	139
§ 11. Der Begriff des Gewerbes als Grundlage der Gewerbeordnung	144
Fall 13: Der Campingplatz	144
I. Ableitung und Struktur des Gewerbebegriffs	144
II. Die positiven Begriffsmerkmale („Gewerbsmäßigkeit“)	146
1. Erlaubte Tätigkeit	146
2. Gewinnerzielungsabsicht	148
3. Dauerhaftigkeit	149
4. Selbstständigkeit	149
III. Die negativen Begriffsmerkmale („Gewerbsfähigkeit“)	150
1. Keine Urproduktion	150
2. Kein freier Beruf	151
3. Keine Verwaltung eigenen Vermögens	152
IV. Die gewerberechtliche Anzeigepflicht	154
§ 12. Gewerberechtliches Instrumentarium und materielle Voraussetzungen der Gewerbeausübung	157
I. Die Gewerbeuntersagung	157
Fall 14: Gebrauchtwagenhandel	157
1. Die Untersagungsermächtigung des § 35 GewO	157
2. Materielle Voraussetzungen der Gewerbeausübung	160
3. Die gewerbliche Zuverlässigkeit	161
II. Die gewerberechtliche Genehmigung	166
Fall 15: Die neu gestaltete Peep-Show	166
1. Rechtliche Einordnung der Gewerbe genehmigung	167
2. Sach- und Personalkonzessionen	170
3. Formen der Genehmigungserteilung	171
4. Die Aufhebung der Genehmigung	171
5. Nebenbestimmungen zur Genehmigung	171
6. Versagungsgründe	172
7. Die sofortige Vollziehung einer gewerberechtlichen Verfügung	178
Fall 15 a: Die Peep-Show muss schließen	178
§ 13. Das Reisegewerbe	181
Fall 16: Die Zeitschriftenwerber	181
I. Ordnungswidriges Verhalten im Wirtschaftsverwaltungsrecht	181
II. Stehendes Gewerbe – Reisegewerbe – Marktgewerbe ...	183
III. Der Begriff des Reisegewerbes	184
1. Die besonderen Merkmale des § 55 I GewO	184
2. Rückgriff auf den allgemeinen Gewerbebegriff	186
IV. Reisegewerbekartenpflicht und Pressefreiheit	188

Inhaltsverzeichnis

XI

§ 14. Märkte, Ausstellungen und Messen (Marktgewerbe)	191
Fall 17: Zulassung zum Cannstatter Volksfest	191
I. Formen des Marktgewerbes	191
1. Messen, Märkte und Ausstellungen	191
2. Volksfeste	194
3. Private Veranstaltungen	194
4. Gewerberechtliche Erfordernisse für Schausteller	195
II. Marktfreiheit und Zulassungsbeschränkungen	195
Fall 17 (Fortsetzung)	195
1. Teilnahmeanspruch und Marktgestaltungsrechte	196
2. Die Zulässigkeit einer Schaustellerklage	197
3. Die Auswahlentscheidung nach § 70 III GewO	199
III. Märkte und Volksfeste als gemeindliche Einrichtungen	206
1. Kommunalrecht und Gewerberecht	206
2. Gemeinderechtliches Einwohnerprivileg und Dienstleistungsfreiheit nach Art. 49 EGV	208
§ 15. Ladenschlussrecht	210
Fall 18: Getrübte Verkaufsfreuden	210
I. Der Ladenschluss nach der Föderalismusreform	210
II. Die Verfassungsmäßigkeit ladenschlussrechtlicher Bestimmungen	215
III. Die Gemeinschaftsrechtskonformität des Ladenschlusses	219

5. Teil. Besonderes Gewerberecht

§ 16. Gaststättenrecht	221
Fall 19: „Die mit der Pille tanzen“	221
I. Das Gaststättengesetz als lex specialis zur Gewerbeordnung	221
1. Der Begriff des Gaststättengewerbes	221
2. Die Zielsetzungen des Gaststättengesetzes	224
II. Die Gaststättenerlaubnis	225
1. Erlaubnispflicht und Erlaubnisvoraussetzungen	225
2. Sonderformen der Erlaubnis	226
3. Nebenbestimmungen	227
4. Rücknahme und Widerruf der Erlaubnis	228
III. Die Auswirkungen des sog. Hinterbliebenenprivilegs ..	230
Fall 20: Tatort „Casablanca“	230
1. Das Verbot der Betriebsfortführung	230
2. Die postmortale Rücknahme der Erlaubnis	231
3. Widerruf und Rücknahme des Weiterführungsrechts analog § 15 GastG	232

§ 17. Handwerksrecht	235
Fall 21: „Oles Brotfabrik“	235
I. Der Meistervorbehalt des deutschen Handwerksrechts auf dem politischen und rechtlichen Prüfstand	235
II. Der Begriff des zulassungspflichtigen Handwerks	240
1. Stehendes Gewerbe	241
2. Handwerksfähigkeit	242
3. Handwerksmäßigkeit	243
III. Formelle und materielle Handwerksrechtswidrigkeit	244
IV. Die Abgrenzung zum Minderhandwerk und zum Neben- oder Hilfsbetrieb	246
Fall 22: Elektroeinzelhandel und Serviceleistungen	246
1. Abgrenzung zum Minderhandwerk	247
2. Sonderformen: Handwerklicher Nebenbetrieb und Hilfsbetrieb	249
§ 18. Das Verkehrsgewerbe	252
I. Der Güterkraftverkehr	253
Fall 23: Schaumstoff und Fremdtransporte	253
1. Die Liberalisierung des Güterkraftverkehrsrechts	253
2. Anwendungsbereich des Güterkraftverkehrsgesetzes	255
3. Genehmigungspflicht und Genehmigungsvoraussetzungen für den gewerblichen Güterkraftverkehr	255
4. Die Gemeinschaftslizenz für den grenzüberschreitenden Güterkraftverkehr	258
II. Die Personenbeförderung auf der Straße	258
Fall 24: Betriebspflichten eines Taxiunternehmers	258
1. Anwendungsbereich des Personenbeförderungsgesetzes	259
2. Genehmigungspflicht und Genehmigungsvoraussetzungen	260
3. Betriebs- und Beförderungspflicht	263
III. Der Eisenbahnverkehr	266
Fall 25: Die umkämpfte Streckenstilllegung	266
1. Die Reform des Eisenbahnrechts	267
2. Die Trennung von Netz und Betrieb	268
3. Die Eisenbahnaufsicht	269
4. Die Stilllegung von Eisenbahninfrastruktureinrichtungen	270
§ 19. Regulierungsrecht	277
Fall 26: Der lange Weg zum Ökostrom	277
I. Die Entstehung des Regulierungs(verwaltungs)rechts	277

Inhaltsverzeichnis

XIII

II. Die Regulierung im Bereich des Energiesektors	280
1. Die Vorgaben zur Entflechtung (Unbundling)	283
2. Der Anspruch auf Netzanschluss und Netzzugang	288
3. Der Anspruch auf Netzübertragung	291
4. Die (reduzierte) Regulierung im Wettbewerb der Versorgungsunternehmen	293

6. Teil. Subventionierung wirtschaftlicher Tätigkeit

§ 20. Rechtliche Grundlagen	300
Fall 27: Investitionszulagen für die „Kipp und Most KG“	300
I. Der Subventionsbegriff	300
1. Keine Beschränkung auf Wirtschaftssubventionen ...	300
2. Direkte und indirekte Subventionen	302
3. Subventionsarten und -formen	303
II. Die EG-Beihilfenkontrolle	305
1. Investitionszulagen und EG-Beihilfenverbot	305
2. Das Verfahren der Beihilfenkontrolle	308
III. Der Anspruch auf Subventionierung	309
1. Anspruchsvoraussetzungen nach dem InvZulG	309
2. Subventionierung nach dem Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	314
§ 21. Das Subventionsverhältnis	322
Fall 28: Die Kürzung der Ausbildungsplatzprämie	322
I. Begründung und Ausgestaltung des Subventionsverhältnisses	322
1. Subventionsgewährung als unmittelbare Verwaltungsaufgabe	322
2. Einstufige und zweistufige Subventionsverhältnisse	323
3. Die Konstruktion der Subventionsvergabe als Verwaltungsvertrag	325
II. Rückabwicklung des Subventionsverhältnisses	326
1. Widerrufs- und Erstattungs Voraussetzungen	326
2. Ermessensausübung und -begründung	328
3. Die Rücknahme von gemeinschaftsrechtswidrigen Subventionsbescheiden	330
Fall 29: Die gemeinschaftsrechtswidrige Beihilfe	330

7. Teil. Selbstverwaltung der Wirtschaft

§ 22. Das Kammersystem	337
Fall 30: Kammerzugehörigkeit wider Willen	337
I. Wirtschaftsselbstverwaltung als öffentliche Verwaltung	337
1. Rechtsstellung und Aufgaben der Industrie- und Handelskammern	337
2. Abgrenzung gegenüber Wirtschaftsverbänden	340
3. Wirtschaftsselbstverwaltung und berufsständische Selbstverwaltung	341
II. Voraussetzungen der Kammerzugehörigkeit	342
III. Zwangsmitgliedschaft und Verfassung	345
1. Vereinbarkeit mit Art. 9 I GG	346
2. Vereinbarkeit mit Art. 12 I GG	347
3. Vereinbarkeit mit Art. 2 I GG	348
IV. Zwangsmitgliedschaft und „allgemeinpolitisches Mandat“	350
Fall 31: Streit um die Kammerzeitschrift	350
§ 23. Die Innungen im Handwerk	353
Fall 32: Keine Aufnahme in die Schornsteinfeger-Innung	353
I. Die Organisation der Handwerksselbstverwaltung	353
II. Das Recht auf Aufnahme in die Innung	358
Sachverzeichnis	361